

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift: Tageblatt Riesa.

Nummer Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Rentamtsteuerauswaerts.

Postleitzettel: Dresden 1538

Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 49.

Mittwoch, 27. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzettelung, nur den Monat Februar 1924. 2 Mark pro J. Einzelne Preise für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Spende für das Geschenk an bestimmten Tagen und Tagen wird sich übernehmen. Bezugspreise für die 89 mm breite, 8 mm hohe Wurzelblätter, Seite (5 Seiten) 20 Gold-Pfennige; für die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zulässig und beliebig. Zulässig ist der Preis für die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zulässig. Bezugspreise für Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Abholung und Versandort: Riesa. Gültige Unterhaltszahlungen für den Anpruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wilhelmstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Umwelt: Wilhelm Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wilhelmstraße 59.

Die große politische Aussprache im Reichstage.

Der Reichskanzler als Verteidiger der Notverordnung.

vda. Berlin, 28. Februar 1924.

Am Regierungstag: Reichskanzler Marx, Finanzminister Dr. Narres, Justizminister Oettinger, Arbeitsminister Dr. Braun, Postminister Dr. Höfle.

Vorstand Sothe erhält die Sitze um 2 Uhr 20 Min. und gehört des Abends des Abends. Dr. Moeske (Dnat.), der vorstehen in Schlesien unvermehrt gehörten ist. Der Präsident hebt hervor, dass die Verwaltungsmassen Dr. Moeske dienen als einen Führer von ungewöhnlichen Sorgen vertraten, dessen rostlose Slogans und unermüdliche Arbeitsergebnisse sie schätzen. „So wurde er ihr Vorsitzender in verschiedenen Parlamenten, wir haben ihn“, so führt der Präsident fort, „seinen Amt als einen Mann, der sachlich und gründlich mit äußerer Energie, aber auch mit Vorwürfe seine Grundsätze verfolgt.“ — Das Haus ehrt das Gedanken des Verordneten in der üblichen Weise.

Erste Sitzung des Notklaus.

Verbunden damit werden die zahlreichen Anträge auf Aufhebung und Änderung der Notverordnungen der Regierung.

Reichskanzler Marx

schüttet sofort das Wort. Er führt etwa folgendes aus:

Als am 8. Dezember vorigen Jahres der Reichstag durch das Ernährungsministerium der Reichsregierung die Vollmacht erteilte, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Reich dringend erforderlich waren, waren es drei Ziele, die damals allen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstaunlichwert vor Augen standen: Erhaltung des Währungsstandes, wie durch die vom Kabinett Stresemann eingeführten Reformen geschaffen worden war, seltener Balancezettel des 1924 voraussehenden Staats und endlich die Wiederbelebung der Wirtschaft. Bei der großen Zahl von Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ernährungsministeriums erlassen hat, haben ihre die oben gekennzeichneten Ziele vorausgesetzt. Ob die Verordnungen in ihren Einzelheiten überall das richtige getroffen haben oder der jeweils eingeschlossene Weg der einzige mögliche war, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die Regierung will auch in keiner Weise die Kritik an ihren Maßnahmen befürchten, aber sie kann sich mit ruhigen Gewissen das Segen ausspielen, dass sie mit Ausbildung aller Kräfte die unter den augenblicklichen Verhältnissen möglichen vollkommenen Errichtung der Ziele erstrebt hat. Bei objektiv eubiger Beurteilung der ergangenen Verordnungen wird man zugeben müssen, dass es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die bedeutungsvolle Tatsache für unser Wirtschaftsleben ist, dass die Mark seit Mitte November auf derselben Wertbasis geblieben ist. Die goldenen Zeiten des Spekulanten- und Schieberiums sind hoffentlich für immer vorüber. Der Haushalt, wie er in seinen Umrisse den Reparationsabrechnungen vorgelegt werden konnte, balanciert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reichs, freilich nur unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Veräußerung über die Steuern und Zölle auch des Außen- und Innenhandels ist. Den Ländern und Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zur Balancierung auch ihrer Haushalte zugewiesen. Aus der Abnahme der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ist eine langsame Erholung der Wirtschaft zu erkennen und das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat ist wieder erstaucht. Außerdem muss unser Wirtschaftsleben noch so lange als unsicher angesehen werden, solange noch die Schlagader unserer Wirtschaft an Rhein und Elbe von fremder Militärgewalt abgebunden ist. Leider konnten die Erfolge nur erreicht werden durch ungemein harte, rücksichtslose Maßnahmen, die unweitbeholt für manche Familien schwere Not und harte Entbehrungen mit sich gebracht haben. Ich denke dabei in erster Linie an die Personalaufbaureform, die freilich noch vom ersten Kabinett Stresemann, dem Kabinett der großen Koalition, erlassen, aber unter der jetzigen Regierung zur Ausführung gebracht ist.

Hierzu gehört ferner die außerordentlich geringen Goldgehalte der Beamten, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Drage der Aufwertung, gewisse Einschränkungen der sozialen Leistungen, die schwer tragen den Steuern, die in weitem Umfang die Substanzen angreifen, die namentlich auch die Landwirtschaft schwer belasten und damit Gefahren für die Wirtschaftserholung auslösen. Die Reichsregierung hat sich immer und immer wieder die Frage vorgelegt, ob sie tatsächlich so schwere Lasten und Entbehrungen dem Volke auferlegen darf, aber die Reichsregierung hat oft unter Überreden ihres menschlichen Empfindens unentwegt den Weg der Wirtschaftsunterstützung gehalten. Sie war sich dessen bewusst, dass es sich in allem um das eine Große handelt: Den Zusammenhalt des Reiches, das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Es gibt keinen anderen Weg: Entweder deinen wie die Räume zusammen, nehmen eine Zeit lang auch schwere Lasten und Sorgen auf uns, haben aber dann die Sicherheit, dass unsere

Wirtschaft wieder in Gang kommt oder wir erfreuen uns vielleicht noch einmal für eine kurze Spanne Zeit an der Sesselfläche anscheinenden Wohlergehens, verlieren aber dabei sicher den festen Stand der Währung und sehen den endgültigen Zusammenbruch unseres sozialen Wohlwollens und auch des Einzelnen entgegen. Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist jeder Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos, dann ist unter wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes bestimmt. Das ist nicht nur die Meinung einzelner Sachverständiger, das ist die übereinstimmende Meinung des Auslands und aller einsichtigen Teile unseres Volkes. Mit dieser Einsicht unserer Volksgenossen ist es bisweilen freilich noch recht schlecht behaftet. Man hatte erwartet, dass die Regierung mit einem großen Werk die gesamte Lage bessere. In unserem mit Nationalisten stark durchsetzten Volke wird eben leider nie der Glaube ausbrechen, dass eines Tages doch noch eine Regierung kommt, die wie mit einem Zauberstab alles zum Guten verwandelt. Diesen Unverhofften muss gezeigt werden: Ein Stein des Weisen haben wir nicht gefunden, wir müssten den Tonnenwege geben und in nächster, mühsamer Kleinarbeit unserem gequälten und gedrückten Volke neue Schwere auf die Dauer in dieser Form kaum extraktive Lasten auferlegen, in der Hoffnung, dass wir es auf diesem Wege aus der Wüste des Elends und der Ungewissheit herausführen.

Freilich wird ohne Besserung unserer augenblicklichen Lage alle Würde und Arbeit nur Studiwerk sein. Wir appellieren an die Gewissheit der Welt, an den gefundenen Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch Europas verhindern kann. Sehr spät, wenn auch nicht zu spät, scheint die Vernunft auf dem Werthe zu sein. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage. Auch andere Staaten leiden an schwerer Verhüllung an das Ausland, aber hinter ihrem Zahlungskontrollen lauert nicht, wie bei uns, die heimsuchende politisch-militärische Vollstreckung. Keinem andern Kriegsteilnehmer droht militärischer Einmarsch oder wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen der Gläubiger. Daher begrüßen wir, dass endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut sind, und sehen ihrer Entscheidung zwar ohne übertriebene Optimismus, doch mit Zuversicht entgegen. Wie unser Volk in seiner tausendjährigen Geschichte nach Zeit und Entbehrung immer wieder siegreich überwunden hat, wird auch der jüngste Zeitstrahl wieder in eine helle Zukunft führen, wenn wir hartnäckig und entsagend die Oder für die Errichtung und das Glück unserer Kinder bringen. Insbesondere erwarten wir, dass den deutschen Beamten treue Pflichterfüllung und Hingabe. Auch in die Volksvertretung lege ich das Vertrauen, dass die Vorbereitung die Regierung offiziell genehmigt wird, wenn sie ohne Vorurteil die Verordnungen der Regierung unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele betrachtet. Die Aufwertungsfrage wird noch von dem auffindbaren Reformminister näher begründet werden. Mit dem Bewusstsein der Pflichterfüllung sieht die Reichsregierung auf ihre mildevolle Arbeit und erwartet, dass die Volksvertretung ihre Zustimmung nicht verlagen wird, mag noch auch in Einzelheiten eine andere Regelung als besser erscheinen. Kritik können wir nicht, und wir werden gern Verbesserungsvorschläge entgegennehmen. Pflichtgemäß muss sich der Reichstag von seinem Verantwortungsgeschäft durchdringen lassen bei der Frage, ob er die Verordnungen aufheben will. Das Ernährungsgesetz spricht nur von Aufhebung, nicht von Abänderung. Abänderungsanträge sind also ausgeschlossen.

Eine Abänderung der Verordnungen kann nur durch neue Gesetzesvorlagen oder vom Reichstag durch Initiativ-Anträge verhindert werden. Manche Verordnungen mögen im Augenblick nicht wesentlich sein, aber eine große Zahl der Verordnungen ist so wesentlich für die Errichtung unserer Ziele, dass ihre Auflösung den Erfolg völlig in Frage stellen würde. Diese Verordnungen sind den Parteien als solchen beigegeben worden. Es ist nicht eine Kunde der Regierung, sondern ein harter Pflichtwillen, wenn die Reichsregierung erklärt, dass sie ihr ganzes Reformwerk gefährdet und sogar vernichtet sieht, wenn eine dieser unumgänglichen Verordnungen aufgehoben oder wesentlich verändert würde. Sie erklärt, dass sie angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, bei der Annahme eines Aufhebungsantrages sich genötigt sehen würde, die nach ihrer Ansicht pflichtgemäßen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen in der Überzeugung, dass es sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes um unentbehrliche Maßnahmen handeln würde. Dasselbe gilt auch von der Annahme von Initiativ-Anträgen, die eine wesentliche Abweichung der als lebenswidrig besetzten Verordnungen bedeuten würden. Die Regierung fordert entschieden das Hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt sind, zurück abzuziehen. Naturregelmässig gelten diese Notverordnungen solange, bis die Not eingemessen haben wird. Allerdings ist die Regierung gewillt, die Auflösung oder Verabsiedlung

der lebenswichtigen Notverordnungen selbst vorzunehmen oder auch zu lassen. Zurzeit aber muss sie jede Veränderung der Verordnungen als für das Gesamtwohl von Reich und Volk bedrohlich und deshalb unmöglich ablehnen, die das Ziel der Stabilisierung der Währung und der Balancierung des Staates in Frage stellt.

Die Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit einem solchen Beginnen widerlehnen und alles, was in ihren Arbeiten steht, tun, um es zu verhindern. Einige Verordnungen tragen freilich endgültigen Charakter, insbesondere die Aufwertung, kommen muß. Wer die Aufwertungsregelung im Prinzip nicht möchte, doch die Achtung nicht beobachten wird Kredit ist das Lebensbedürfnis unseres Volkes. Auch vor der Beratung lebenswichtiger Verordnungen im Reichstag auszuhören muss Abschied genommen werden. Auskünfte in der Auslandsbüro über angeblich ungünstige Neuerungen der ausländischen Sachverständigen zentriert ihnen die deutsche Mark an den Auslandsbörsen vorübergehend zu erschüttern und die Inlandspreise wichtiger Bedarfsartikel zu steigern. Der noch immer stabile Stand unserer Währung kann auch durch kleine Vorkommnisse gefährdet werden. Eine langandauernde Verhandlung z. B. der Steuernotverordnungen würde eine verderbliche Blockierung in der Steuerveranlagung zur Folge haben und die Länder in großer Schwierigkeit bringen. Die Bitte, von Kommissionssitzungen abzusehen, ist mit den Grundsätzen der Demokratie durchaus vereinbar. Das Ernährungsgesetz war eine Willensfestigung des Reichstages, im Einklang mit dem demokratischen Gedanken unserer Verfassung. So muß auch die Auswirkung dieser Vorrangene den Nutzen des Parlaments finden; andernfalls würde der Sinn dieses Gesetzes gescheitert und das Werk zur Farsce werden. Das Werk während Demokratie könnte nur verflümmeln, wenn das Parlament in der Zeit der Not alle geschäftsfördernden Möglichkeiten erdrückt und damit die Idee durch die Form erdrückt würde. In interparlamentären Verhandlungen mit den Parteien will die Regierung eine Reihe von Beschlüssen vereinbaren. Die Stabilität unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage darf nicht zur Plattform der Kampfes der Parteien werden. Wir müssen das Reich und das Leben der Nation retten. Das steht höher als Parteidoktrin und Nationalstolz. Das, was die Regierung getan hat, soll dem Wohl von Reich und Volk, der Rettung vor dem Untergang dienen. (Gebrochener Beifall.)

Die Rede des Reichskanzlers wurde vom Hause im Ganzen rubig aufgenommen. Die bürgerlichen Parteien zeigten dem Reichskanzler lebhafte Beifall am Schluss seiner Ausführungen, nur bei der äußersten Linken erzielte vereinzelter Widerdruck.

In der Aussprache, für die die Riede auf Riede verlängert wurde, nimmt als erster Redner das Wort:

Abg. Müller-Franken (Soz): Wenn der Reichskanzler von der Möglichkeit einer Reichstagabstimmung gesprochen hat, so nimmt die Regierung höchstens nicht an, dass irgend eine Partei durch solche Auseinandersetzung irgendwie in ihrer sozialen Stellungnahme zu den Verordnungen wird beeinflusst lassen. Keine Regierung, welche politischen Richtung sie auch angehören mag, wird die Ernährungspolitik vermeiden können. Die Politiker der Rechten wollen die Kosten der Reparationen auf die Arbeiter abwälzen. Die beabsichtigte Herbeiführung einer Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich begrüßen wir. Die Handhabung des Abnahmevertrages und des Ernährungsgesetzes bietet Anlass zu schwerer Kritik. Man kann der Republik wirklich nicht den Vorwurf machen, dass sie zuviel Republikaner und Demokraten in die Verwaltung gebracht hätte. Die reaktionären Kreise haben die Unterkrise sozial ganz anders verstanden. Der Redner wünscht, dass für die Abgeordneten eine Instanz geschaffen werde, an die sie sich wenden könnten. Die Hungergräber der Beamten bedürfen der Aufmerksamkeit, alle Einkommen über 8000 Mark müssten dazu herangezogen werden. Der vorgenommene Aufschub kann bedeuten einen Rückschritt. Wir fordern, dass in der Riede in gleichwürdigem Zustande ein Bandesvertrag erledigt werden darf. Die Regierung müsse endlich das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren. Der Ausnahmestand bei Verhandlungen wird. Die Kosten für den Ausnahmestand seien ungeheuer groß. Man sollte diese Gelder lieber zu besserer Verabsiedlung der Schupo verwenden. Eine Nachprüfung der zahllosen Notverordnungen könne ohne Beeinträchtigung unserer Wirtschaft erfolgen. Die Ansicht des Reichskanzlers, dass die erlassenen Verordnungen ein Ganzes bilden, können wir uns nicht zu eigen machen.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun weist Angriffe der Arbeitnehmerpreise, wonach die Regierung die Sozialpolitik abbauen wolle, entschieden zurück.

Die durchbare wirtschaftliche Not nötigt zur Sparparade auch auf sozialpolitisches Gebiete. Ich halte die Notwendigkeit der Sozialpolitik nach wie vor aufrecht. Vor allem bleibt das Gebiet des Arbeitsrechts und Tarifrechts

Achtung! Lose einlösen! Ziehung 5. Klasse 184. Lotterie vom 5. bis 17. März 1924.
Lotterie-Einnahmen: Ed. Seiberlich, Ferd. Schlegel.